

Schengen gibts nur mit Personenfreizügigkeit

Die Abkommen sind eng miteinander verknüpft

MARIANNE TRUTTMANN, Brüssel

Am 12. Dezember wird die Schweiz offiziell Teil des Schengen-Raums. Nur: Lehnt die Schweiz die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit der EU ab, wird der Schengen-Beitritt wieder hinfällig.

Am Donnerstag entscheiden die EU-Justiz- und Innenminister über die «Schengen-Tauglichkeit» der Schweiz. Dass das Urteil positiv ausfallen wird, ist absehbar – und damit werden ab 12. Dezember die systematischen Personenkontrollen an den Landesgrenzen zur EU wegfallen. Sagt die Schweiz am 8. Februar 2009 allerdings Nein zum Paket über die Personenfreizügigkeit, könnten die EU-Minister ihren Beschluss rückgängig machen und die Schweiz wieder aus dem Schengen-Raum verbannen.

Einen expliziten Hinweis auf den Zusammenhang zwischen Personenfreizügigkeit und Schengen wird es im Ministerratsbeschluss vom Donnerstag allerdings nicht geben. Es handle sich

nicht um eine juristische, sondern um eine materielle Verknüpfung, hätten Abklärungen des juristischen Dienstes des Ministerrates ergeben, bestätigt Hanspeter Mock, Sprecher der EU-Mission in Brüssel. Die Niederlande hatte bei den Vorbereitungen des Entscheides in den Expertenausschüssen die Frage aufgeworfen, ob die EU-Staaten dem Schweizer Schengen-Beitritt zustimmen sollen, bevor die Frage der Personenfreizügigkeit geklärt ist.

ALS DROHUNG EMPFUNDEN. Die Verknüpfung von Schengen und Personenfreizügigkeit ist keine Schikane der EU gegenüber der Schweiz, sondern entspricht geltenden EU-Prinzipien. Innerhalb der EU ist die im Schengen-Abkommen beschlossene Abschaffung der Personenkontrollen an der Grenze sachlich eng mit der Personenfreizügigkeit verknüpft. Ein Arbeitnehmer kann innerhalb der EU seinen Arbeitsort frei wählen und dabei soll er nicht durch Grenzkontrollen aufgehalten

werden. EU-Aussenkommissarin Benita Ferrero-Waldner wollte im Juni 2005 nach dem Schweizer Ja zu Schengen und vor der Abstimmung über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Länder auf diesen Zusammenhang hinweisen. In der Schweiz wurden ihre Aussagen damals als Drohung empfunden.

TATSACHE. Dass der Zusammenhang auch ohne explizite Verknüpfung im Ministerratsentscheid besteht, ist auch für den Bundesrat klar. Für das ordentliche Funktionieren der Schengen- und Dublin-Abkommen sei die Personenfreizügigkeit eine unerlässliche Voraussetzung, hat der slowenische Staatssekretär Matjaz Sinkovec als Vertreter der damaligen EU-Präsidentschaft erklärt, als Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf im Mai in Brüssel das Protokoll zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien unterzeichnete. Sie sehe dies als Tatsache, nicht als Drohung, sagte damals

die Bundesrätin.

Rein praktisch wäre bei einem Nein zur EU-Personenfreizügigkeit die Zukunft des Schengen-Vertrages nur eines von vielen gravierenden Problemen im bilateralen Supergau. Ein Nein würde

den Bundesrat dazu zwingen, das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU bis spätestens Ende Mai zu kündigen, was automatisch innerhalb von sechs Monaten die Guillotine für die

sieben bilateralen Verträge I auslösen würde, ohne dass die EU selber handeln müsste. Das Schengen-Abkommen hingegen müssten die EU-Staaten einstimmig kündigen, wozu sie bis Ende November Zeit hätten.

Basler Zeitung

Freitag, 28. November 2008

Grünes Licht für die Schweiz

EU-Innenminister besiegeln den Beitritt der Schweiz zum Schengen-Raum



Vereint. Eurojust-Präsident Lopes da Mota und Bundesrätin Widmer-Schlumpf. Foto Keystone

MARIANNE TRUTTMANN, Brüssel

Ab dem 12. Dezember werden an den Grenzen zwischen der Schweiz und ihren EU-Nachbarländern keine systematischen Personenkontrollen mehr durchgeführt.

Die EU-Innenminister haben ohne Diskussion dem Entscheid zugestimmt, dass die Schweiz ab dem 12. Dezember dem Schengen-Raum beitreten kann. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf zeigte sich an der Medienkonferenz in Brüssel sehr erfreut über den problemlosen Entscheid der EU-Minister, da dies noch vor wenigen Wochen nicht sehr klar gewesen sei. Probleme gemacht hatte weniger die Einschätzung über die Schengen-Tauglichkeit der Schweiz als die Frage, ob die EU erst die Abstimmung über die Personenfreizügig-

keit im Februar abwarten wolle, bevor sie grünes Licht zum Schengen-Beitritt erteilt.

PROBLEME. EU-Justizkommissar Jacques Barrot betonte denn auch, dass der Schengen-Beitritt der Schweiz bei einem Nein zur Personenfreizügigkeit zum Problem werden könnte. Man habe aber Vertrauen in die Schweiz und sei davon ausgegangen, dass die Abstimmung positiv ausfalle, sagte Barrot. Der tschechische Innenminister Ivan Lagner, der ab Januar den EU-Ratsvorsitz übernimmt, empfahl den Schweizer Stimmbürgern: «Geniessen Sie die Freiheit mit Schengen und damit auch die Freizügigkeit.»

Dass die Schweiz dem Schengen-Raum angehört, bringe sowohl den EU-Staaten als

auch der Schweiz viele Vorteile, betonte Bundesrätin Widmer-Schlumpf. Sie verwies einerseits auf die Vereinfachung für den Tourismus und andererseits auf die Verstärkung der polizeilichen Zusammenarbeit. Mit dem Schengener Informationssystem SIS, an das die Schweiz seit August angeschlossen ist, wurden bereits in den ersten Wochen mehrere Tausend Treffer erzielt. Im SIS verzeichnet sind etwa gestohlene Fahrzeuge und gesuchte Personen.

REFERENDUM. Neben der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit gibt es weitere Probleme, die dazu führen könnten, dass die Schweizer Teilnahme am Schengen-Raum wieder gefährdet ist. Dazu gehört das Referendum über die Einführung der biometrischen Pässe, über das 2009 abgestimmt wird. Bei Schengen muss die Schweiz nämlich die Rechtsentwicklungen der EU übernehmen, sonst fällt das Abkommen wieder dahin.

Schengen gilt vorläufig nur für die Landgrenzen. An den Flughäfen wird die Schengen-Grenze erst am 29. März 2009 aufgehoben. Weil sich der Beitritt von Liechtenstein zu Schengen verzögert, ist zwischen der Schweiz und Liechtenstein eine neue Schengen-Aussengrenze entstanden, die mit mobilen Patrouillen und Videokontrollen überwacht werden muss.

EUROJUST. Widmer-Schlumpf und José Luís Lopes da Mota, Präsident der europäischen Justizbehörde Eurojust, unterzeichneten gestern zudem ein Kooperationsabkommen, mit dem die Bekämpfung der internationalen Kriminalität verstärkt werden soll. Schengen und Eurojust ergänzen sich laut Widmer-Schlumpf, da damit nicht nur die Fahndung, sondern auch die Strafverfolgung über die Grenzen hinweg einfacher wird.